



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Daniel Wannemacher
Ensheimer Str. 27
66399 Mandelbachtal

06803 3459
daniel@gruene-mandelbachtal.de

Mandelbachtal, 05.10.2020

Redebeitrag TOP 9 – Antrag Kämmereiverbund

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bitten den Rat die Verwaltung zu beauftragen, Gespräche mit den Nachbarkommunen zu führen und die Möglichkeiten hinsichtlich einer gemeinsamen Kämmererei zu prüfen und dem Rat entsprechende Vorschläge zu machen.

Vielleicht sollte ich explizit darauf hinweisen, dass der Antrag viel offener gehalten ist, als der konkrete Vorschlag, den wir in der Presse veröffentlicht haben. Auch wollen wir uns nicht mit fremden Federn schmücken – auch wenn wir ohne Kenntnis bzw. Erinnerung an das kubus-Gutachten auf die veröffentlichte Idee gekommen sind, wurden wir zwischenzeitlich darauf hingewiesen, dass das Gutachten einen ähnlichen Vorschlag enthält.

Aus der Tatsache, dass unabhängige Stellen zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen, schließen wir allerdings, dass die Idee gar nicht so abwegig sein kann. Von „Größenwahn einiger Grüner“, wie in dieser Woche von einem eifrigen Leserbriefschreiber der SZ dargestellt, kann keine Rede sein – insbesondere nicht, wenn in dem kubus-Gutachten von 2016 bereits ein ähnlicher Vorschlag enthalten ist.

Auf das kubus-Gutachten selbst und die sich ergebenden Konsequenzen, wollen wir unter Mitteilungen und Anfragen zurückkommen.

Auch sehen wir die erneute Ausschreibung der Kämmererstelle dem nicht entgegenstehend, schließlich braucht auch der Verbund Personal.

Zum vorliegenden Antrag:

Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, dass wir mit den Nachbarkommunen in einen Wettbewerb um das wenige, fähige Personal gehen und schlagen daher vor, die Kompetenzen in einem Team zu bündeln.

Aus unserer Sicht könnte man in einem Verbund eine bessere Spezialisierung der Mitarbeiter der Finanzverwaltung erreichen. Insbesondere z.B. Mitarbeiter die darauf spezialisiert sind Haushalte zu erstellen. Durch die Tätigkeit für mehrere Kommunen werden hier Synergien generiert, da das Rad nicht für jede Kommune neu erfunden werden muss.

Ziel des Ganzen ist natürlich, dass für alle beteiligten Kommunen Haushalte als „Planung“ vorliegen und nicht als „Ergebnis“, wie bei uns in diesem Jahr.

Weiterhin glauben wir, dass die Gegenargumente, die uns bislang vorgetragen wurden, einfach in einer Kooperationsvereinbarung zu regeln sind und keine „echten“ Gegenargumente, sondern meist „Ausreden“ und „Unwille“ sind, sich mit dem Vorschlag zu beschäftigen.

Auch gilt es, wie im Antrag formuliert, die Fördermöglichkeiten diesbzgl. im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit zu prüfen.

Abschließend sei angemerkt, dass der Beschluss hier „nur“ die Prüfung der Möglichkeiten und noch kein abschließendes Votum für oder gegen eine solche Lösung ist und wir finden die Möglichkeiten sollten in jedem Fall ausgelotet und vorgestellt werden.

Vielen Dank!

(Es gilt das gesprochene Wort)